

UV-Strahlung

Hautkrebsgefahr durch Solarien wird massiv unterschätzt

Jährlich erkranken 224.000 Menschen neu an Hautkrebs, 26.000 davon am besonders gefährlichen malignen Melanom. Der sogenannte „schwarze“ Hautkrebs wird zunehmend bei jüngeren Menschen diagnostiziert, insbesondere bei Frauen. Experten machen häufige Solarienbesuche für diesen Trend verantwortlich. Das Risiko, durch regelmäßige Solariengänge an einem malignen Melanom zu erkranken, ist bedeutend höher, als bisher angenommen wurde. „Wir werden die Bevölkerung daher noch stärker über die Risiken der Solariennutzung aufklären“, betonte Gerd Nettekoven, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krebshilfe, am 24. April 2012 auf einer Pressekonferenz in Berlin. „Zudem müssen die Solarien dringend regelmäßig kontrolliert werden, damit die seit Januar geltende UV-Schutz-Verordnung auch tatsächlich umgesetzt wird.“

„Das Risiko, an einem malignen Melanom zu erkranken, steigt auf fast 200 Prozent, wenn Solarien bis zu einem Alter von 35 Jahren regelmäßig genutzt werden“, erklärte Professor Dr. Eckhard Breitbart, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Dermatologische Prävention (ADP) e.V.. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie französischer und italienischer Wissenschaftler, die am 23. April 2012 im Rahmen des internationalen Workshops der European Society of Skin Cancer Prevention (EUROSKIN) 'Health Risks of Sunbed Use – Needs, Regulations and Perspectives' in Berlin vorgestellt wurde.

Die Experten forderten dort unter anderem auch die Abschaffung unbeaufsichtigter „Münzsolarien“ und erklärten, Solarien sollten grundsätzlich auch nicht zur Deckung des

Vitamin-D-Bedarfs genutzt werden.

Deutsche gelten als Europa-meister im künstlichen Bräunen. Jetzt hat das Mannheimer Institut für Public Health (MIPH) der Universität Heidelberg mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Krebshilfe 4.800 Bundesbürger zu ihren Solarien-Nutzungsgewohnheiten befragt. Die 'SUN STUDY 2012' belegt, daß Menschen unter 36 Jahren sich besonders häufig künstlich bräunen. Derzeit nutzen etwa 3,5 Millionen unter 36-Jährige Sonnenbänke. „Bei den Solariengängern konnten wir eine typische 'Viel-Nutzer-Gruppe' identifizieren, die entsprechend besonders gefährdet ist: Es sind Frauen im Alter von 18 bis 25 Jahren“, erläutert Professor Dr. Sven Schneider vom MIPH. „Frauen dieser Altersgruppe gehen etwa doppelt so häufig auf die Sonnenbank wie Männer.“ Ein weiteres Ergebnis ist besonders schockierend: Etwa 167.000 der derzeitigen Solariennutzer sind minderjährig. Nach geltendem Recht sind die Betreiber jedoch verpflichtet, Jugendlichen den Zugang zu Solariengeräten zu verbieten. Sie riskieren seit März 2010 Bußgelder in Höhe von bis zu 50.000 Euro.

Deutschland stellt mit der seit Anfang dieses Jahres geltenden UV-Schutz-Verordnung strengere Qualitätsanforderungen an die Betreiber von Solarien. So wird eine fachliche Qualifikation für das Personal von Sonnenstudios gefordert und eine einheitliche Bestrahlungsstärke von maximal 0,3 Watt pro Quadratmeter vorgeschrieben. Die Wirksamkeit der Verordnung wird jedoch davon abhängen, wie die einzelnen Bundesländer das Einhalten der Vorga-

ben in der Praxis kontrollieren. „Kontinuierliche Interventionen der Solarienindustrie auf europäischer Ebene drohen bereits jetzt, den Erfolg zu verhindern“, warnt Dr. Rüdiger Greinert, Generalsekretär von EUROSKIN. „Die Industrie versucht, durch das Erstellen eigener Ausbildungsmaterialien die geforderte unabhängige Ausbildung des Fachpersonals für Solarien zu unterlaufen.“ Damit würde die unabhängige fachliche Beratung der Besucher in Solarien gefährdet. Ein weiterer beunruhigender Trend sei, daß die Sonnenstudios verstärkt mit therapeutischen Angeboten werben. „UV-Therapien dürfen nur unter ärztlicher Aufsicht nach einer klaren Nutzen-Risikoabwägung für den Patienten durchgeführt werden“, betonte Professor Breitbart, „denn UV-Strahlen sind ein Karzinogen und erhöhen das Hautkrebsrisiko.“

Ausführliche Informationen, Ratgeber und Plakate zum Schutz der Haut vor zu viel UV-Strahlen und zu den Risiken durch Solarien können bei der Deutschen Krebshilfe e. V., Postfach 1467, 53004 Bonn, unter der Telefonnummer 02 28/7 29 90-0 und im Internet unter www.krebshilfe.de kostenlos bestellt werden. Informationen auch unter www.euroskin.eu

Energiepolitik

EU-Kommission lehnt europäische Bürgerinitiative gegen Atomkraft ab

EU offenbart großes Demokratiedefizit

Die erste europäische Bürgerinitiative gegen die Atomenergie und für eine sichere Energiezukunft mit dem Titel „Meine Stimme gegen Atomkraft“ (Strahlentelex hatte in der vorigen Ausgabe berich-

tet) wurde von der EU-Kommission abgewiesen. Zur Begründung bezog sich die Kommission auf den EURATOM-Vertrag zur Förderung der Kernenergie, der eine Bürgerinitiative gegen die Atomkraft verbiete. Gemeinsam mit Umweltschutzorganisationen in elf EU-Ländern wollte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ab Juni Unterschriften von Bürgern für einen Ausstieg aus der Atomenergie sammeln. Der Umweltverband kündigte eine juristische Prüfung der Ablehnung an.

„Die EU-Kommission will keine Bürgerinitiative gegen die Atomenergie. Das ist ein Affront gegen die europäische Umweltbewegung, für den wir ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima keinerlei Verständnis haben. Die Ablehnung schadet auch der Weiterentwicklung der Demokratie in der Europäischen Union“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.

Die Bürger in der Europäischen Union hätten darauf gesetzt, mit der neuen Form der Bürgerinitiative ihre Interessen auf dem Wege der direkten Demokratie besser zur Geltung bringen zu können. Leider sei die EU-Kommission vor den Lobbyinteressen der Atomwirtschaft zurückgewichen, sagte Weiger. Dieser Vorgang vergrößere das Demokratiedefizit in der EU, anstatt es zu verringern.

„Zur Gefahrenabwehr für Mensch und Umwelt und zu einer so entscheidenden Frage wie der Atomkraftnutzung muß eine europäische Bürgerinitiative möglich sein. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden in Europa werden wir alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um ein Bürger-votum gegen die Atomkraft in Europa doch noch zu einem Erfolg zu führen“, sagte Weiger.

Neben dem BUND beteiligen sich Umweltorganisationen aus